B 11694 D

Transport

DIE ZEITUNG FÜR DEN GÜTERVERKEHR

Nr. 9 · 8.5.2015 · 25. Jhg. · HUSS-VERLAG GmbH · ✆ 0 89/3 23 91-0 · FAX -416 · D-80912 München · www.transport.de

Frisches Kapital aktivieren

Infrastrukturfinanzierung **Der Bund startet eine neue Generation von Projekten der öffentlich-privaten Partnerschaft**

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) wollen eine neue Generation von ÖPP-Projekten an den Start bringen. Es handelt sich dabei um Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, bei denen die öffentliche Hand und Unternehmen der Privatwirtschaft kooperieren. Zielsetzung der Initiative beider Ministerien ist, die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur neu zu gestalten, die Vergütungsmechanismen zu optimieren und den Anwendungsbereich von öffentlich-privaten Partnerschaften zu erweitern.

Die neue ÖPP-Generation umfasst rund 600 Kilometer Autobahn und hat ein Investitionsvolumen für den Neubau von rund sieben Milliarden Euro. Hinzu kommen Erhaltungs- und Betriebsmaßnahmen für die Laufzeit von 30 Jahren in Höhe von weiteren rund sieben Milliarden Euro.

„Mit der neuen Generation ÖPP werden wir frisches, privates Kapital für Investitionen in große Straßenbauprojekte aktivieren“, erklärt Bundesverkehrsminister Dobrindt. In Deutschland entstehe dadurch ein neuer Markt für institutionelle Anleger. Dobrindt: „Sie können ihr Kapital langfristig, stabil und sicher in die deutsche Verkehrsinfrastruktur investieren. Die Projekte der neuen Generation ÖPP werden an entscheidenden Stellen unseres Straßennetzes helfen, den größten volkswirtschaftlichen Schaden zu verringern: den Stau.“

Erhaltung und Lückenschluss

Neben den Ausbaumaßnahmen an hochbelasteten Bundesautobahnen sind in dem neuen Ansatz zusätzlich auch Erhaltungs- und Lückenschlussprojekte enthalten. Erstmals werden auch ÖPP auf Bundesstraßen geplant. Die Vergütung des Betreibers hängt von der Verfügbarkeit der Strecke ab. Bei Einschränkungen, wie beispielsweise gesperrte Spuren durch Baustellen oder Geschwindigkeitsbeschränkungen, sollen die monatlichen Vergütungen entsprechend verringert werden. Es soll außerdem vertraglich festgelegt werden, dass Erhaltungs- und Betriebsdienstmaßnahmen in verkehrsarmen Zeiten durchzuführen sind, insbesondere auch nachts.

„ÖPP ist ein Element unserer Bemühungen, privates Kapital stärker an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur zu beteiligen.“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble

Foto: Bundesministerium der Finanzen/Ilja C. Hendel

„Wenn die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Projekte gegeben ist, ermöglicht die neue Generation ÖPP der öffentlichen Hand zusätzliche Spielräume zum Erhalt und Ausbau leistungsfähiger Verkehrswege. ÖPP ist ein Element unserer Bemühungen, privates Kapital stärker an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur zu beteiligen“, so Bundesfinanzminister Schäuble.

Für folgende neue Maßnahmen ist die Prüfung der Realisierung als ÖPP geplant: sechsstreifiger Ausbau der A3 zwischen den Autobahnkreuzen Biebelried und Fürth/Erlangen, Erhaltung der A4 der Anschlussstelle Gotha und der Landesgrenze Thüringen/Sachsen, sechsstreifiger Ausbau der A6 zwischen den Kreuzen Weinsberg und Feuchtwangen/Crailsheim, sechsstreifige Erweiterung der A8 zwischen Rosenheim und Bundesgrenze Deutschland/Österreich, sechsstreifiger Ausbau (A10) und grundhafte Erneuerung (A24) zwischen der Anschlussstelle Neuruppin (A24) und dem Dreieck Pankow (A10), sechsstreifiger Ausbau der A57 zwischen Köln und Moers, vierstreifiger Ausbau der E233 zwischen den Anschlussstellen Meppen (A31) und Cloppenburg (A1), zwei- bis vierstreifiger Neubau der B247 zwischen Bad Langensalza und der A38, Elbquerung der A20 sowie vierstreifiger Neubau der A26 inklusive Hafenquerspange (Lückenschluss) zwischen Hamburg (A1) und Rübke.

Transport, 08.05.2015 (tbu)

IN DIESER AUSGABE

Spedition Zufall
Plus 3,7 Prozent mehr Umsatz 4

Ladungsdiebstahl
Wer haftet bei hochwertigen Gütern? 9

Transport Test
„Scania R 450 Topline“: Sparsam mit SCR-only 11-12

Kauf-Miete-Leasing
Themen im Schwerpunkt: Unternehmensstrategie, Kreditzinsen und Tankcontainer 17-20

Anzeige

Tempo 80 und Mindestlohn

Resolution **Vertreter des Thüringer Verkehrsgewerbes fordern eine höhere zulässige Lkw-Höchstgeschwindigkeit auf der Landstraße und wenden sich gegen Auftraggeberhaftung im Rahmen des Mindestlohngesetzes**

Foto: Dietmar Fund

In Weimar-Legefeld hatten sich 74 Mitglieder aus dem Güterverkehr und dem Taxigewerbe versammelt

Die Mitgliederversammlung des Landesverbandes Thüringen des Verkehrsgewerbes (LTV) verabschiedete am 25. April einstimmig eine Resolution, die unter anderem zur Anhebung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit von Lkw auf Landstraßen Stellung bezieht. Der LTV schließt sich damit der Forderung des Verkehrsgerichtstages 2015 an, die Grenze für schwere Lkw über 7,5 Tonnen Gesamtgewicht von 60 auf 80 Stundenkilometer heraufzusetzen.

Unfallverursacher Pkw

Die Resolution begründet dies mit dem Umstand, dass die meisten Unfälle auf Landstraßen durch gefährliche Überholmanöver von Pkw-Fahrern zustande kämen. Die technische Ausstattung der Fahrzeuge lasse solche Geschwindigkeiten gefahrlos zu, argumentiert der LTV.

Die im Mindestlohngesetz (MiLoG) vorgesehene Auftraggeberhaftung sei mangels Kontrollmöglichkeit zu streichen, lautet eine weitere Forderung des Verbandes. Bei den gegenwärtigen Rahmenbedingungen seien die Auswirkungen des Mindestlohns auf Unternehmer der Fachsparten Güterverkehr und Speditionen problematisch und in der Umsetzung nicht praktikabel.

Der Ordnungsrahmen an sich müsse aber stärker kontrolliert werden, um das „zunehmende wettbewerbswidrige Verhalten legaler und illegaler Marktteilnehmer einzuschränken“.

Transport, 08.05.2015 (df)

Verstärkung in Nordeuropa

Übernahme **Der Bulk-Logistiker Hoyer erwirbt den norwegischen Transportdienstleister Gran Taralrud, ein führendes Mineralöl-Transportunternehmen in Norwegen und Schweden sowie im Baltikum**

Wie die Hamburger Hoyer GmbH Ende April bekannt gegeben hat, wird sie mit einer Firmenübernahme ihr Angebot im nordeuropäischen und baltischen Raum ausbauen. Das zugekaufte Unternehmen heißt Gran Taralrud. Damit wird die Hoyer-Business-Unit Petrolog um 170 Zugmaschinen und 200 Tanksattelauflieger erweitert.

Gran Taralrud bietet – ebenso wie Hoyer – spezialisierte Lösungen für den Transport von Flüssiggütern. Zu den Kunden sollen regional sowie global agierende Firmen gehören. Darunter fänden sich insbesondere die großen nordosteuropäischen Öl- und Gaslieferanten.

„Starkes Management“

Die langjährige Firmeninhaberin Torunn Aass Taralrud wird sich im Zuge der Akquisition aus der Geschäftsführung zurückziehen und ihre gesamten Unternehmensanteile abgeben. Der Mitinhaber Per Ole Gran wird eine Minderheitsbeteiligung behalten und wie bisher als Managing Director fungieren. Sämtliche 450 Mitarbeiter werden nach Mitteilung von Hoyer weiterhin an den Standorten in Skandinavien und im Baltikum beschäftigt. „Wie Hoyer ist auch Gran Taralrud ein erfolgreiches Unternehmen mit einem sehr starken Management und hohen Ansprüchen an Sicherheit und Kundenzufriedenheit“, kommentiert Mark Binns, Director Business Unit Petrolog bei Hoyer, die jüngste Akquisition. Die Hamburger Fachspedition ist bereits in über 80 Ländern weltweit präsent.

Transport, 08.05.2015 (tpi)

Dringend korrekturbedürftig

Mindestlohngesetz **Nachdem der Koalitionsgipfel Ende April ergebnislos zu Ende gegangen ist, übt der DSLV heftige Kritik**

Nachdem Ende April der Koalitionsausschuss bei seinen Beratungen am 26. April zum Mindestlohngesetz (MiLoG) zu keinem Ergebnis kam, reagierte nicht nur der Deutsche Speditions- und Logistikverband (DSLV) enttäuscht. Wenig begeistert zeigte sich auch der Landesverband Thüringischer Verkehrsunternehmen (LTV).

Beide Verbände kritisieren vorrangig die finanziellen Risiken, die das MiLoG für deutsche Speditionen mit sich bringt, wenn sie grenzüberschreitende Lieferketten mit mehreren ausländischen Transportunternehmen organisieren. DSLV-Präsident Mathias Krage ging dabei sogar so weit, der Bundesregierung mangelnden wirtschaftspolitischen Mut zu attestieren.

Offensichtliche Missstände

„Die gegenwärtige Regelung birgt erhebliche finanzielle Risiken für die Unternehmen. Das Mindestlohngesetz ist deshalb dringend korrekturbedürftig“, fordert der Verbandspräsident. „Die Politik kann und darf nicht die Augen vor den offensichtlichen Missständen in Form einer exzessiven Auftraggeberhaftung und einer überbordenden Bürokratie verschließen.“ Krage rief die Regierungskoalition dazu auf, wirtschaftspolitische Kompetenz zu zeigen und das MiLoG zügig zu reformieren. Der DSLV verlangte eine Streichung oder Abmilderung der Auftraggeberhaftung. Außerdem müssten Transit- und grenzüberschreitende Verkehre vollständig aus dem Geltungsbereich herausgenommen werden. Schließlich verlangt der Verband eine Entlastung der Arbeitgeber durch Streichung unnötiger Dokumentationspflichten.

Transport, 08.05.2015 (ha)